Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag; Monats-Bezugspreis: 1.90 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebiets 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Nachdrucken 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 29301. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 51. — Telegrammen: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Aufträgen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalle Umrechnung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 20 — Mittwoch den 24. Januar 1934 nachmittags — 93. Jahrgang

Englische Vermittlung in der Abrüstungsfrage?

Paris und London zur deutschen Stellungnahme

Noch kein entscheidender Beschluß Englands

London, 23. 1. In der Sitzung des Kabinettsausschusses für Abrüstung am Dienstag nachmittag wurde Reuter zufolge sehr eingehend die Frage geprüft, ob die englische Regierung einen Vorschlag machen könne, der zur Aussöhnung zwischen der deutschen Gleichheitsforderung und dem französischen Sicherheitswunsch führen könnte. Man glaube, daß möglicherweise ein Vorschlag zur Besserung der Lage vor die am Mittwoch nachmittag stattfindende Kabinettssitzung gebracht werde. Außenminister Sir John Simon werde vielleicht in der nächsten Woche dem Unterhaus eine entsprechende Erklärung abgeben.

In Erwartung eines englischen Schrittes

London, 24. 1. (Funkspruch.) Der Parlamentskorrespondent der „Times" schreibt zur gestrigen Sitzung des Abrüstungsausschusses des britischen Kabinetts, es verlaute, daß die Minister der Meinung sind, daß jetzt, wo der Notenwechsel deutlich die Hauptschwierigkeiten zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt gezeigt hat, eine Erklärung der britischen Politik so bald wie möglich erfolgen sollte. Es ist bekannt, daß eine Darlegung der britischen Stellungnahme in Paris ebenso wie in Berlin begrüßt werden würde und die Minister hoffen immer noch, daß ein Mittelweg gefunden werden kann, der die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Abrüstungskonferenz ermöglichen wird. Man glaubt, daß Mussolini ebenfalls dringend wünsche, eine Erklärung über die italienische Politik abzugeben, wenn sich eine geeignete Gelegenheit dafür bietet.

Baldige französische Antwort

Festlegung durch den Ministerrat

Paris, 23. 1. Die Prüfung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift ist von den zuständigen Stellen des Quai d'Orsay und des Ministeriums für die nationale Verteidigung beendet worden. Das Ergebnis dieser Prüfung faßt das „Journal" dahin zusammen, daß die deutsche Antwort „nichts anderes darstelle, als einen Rechtfertigungsversuch der deutschen Stellungnahme". Die Antwort Frankreichs werde weder zweifelhaft sein noch lange auf sich warten lassen. Wahrscheinlich werde der nächste Ministerrat sie festlegen, so daß dem am 13. Februar in London zusammentretenden kleinen Büro der Abrüstungskonferenz, falls Englands Vermittlung ergebnislos sein sollte, nichts anderes übrig bleiben werde als die Aufforderung an den Generalausschuß, „unverzüglich die Schlußfolgerung aus dem Scheitern der deutsch-französischen Aussprache zu ziehen."

Englische Pressestimme für die Gleichheit Deutschlands

London, 23. 1. Im „Star" fordert Gardiner, daß die englische Regierung sich mit Nachdruck für den Grundsatz der deutschen Gleichheit und dessen rascheste Inkraftsetzung erklären solle. Gleichlaufend hiermit müsse eine Garantie für eine wirkungsvolle und unparteiische Rüstungsüberwachung gegeben werden. Deutschlands Forderung sei nicht unberechtigt und könne nicht als verfrüht bezeichnet werden, nachdem 15 Jahre seit Kriegsende verflossen seien. Es handele sich um Zugeständnisse, die der deutschen Regierung vor Jahren hätten gemacht werden müssen, wenn man die in Versailles gegebenen Versprechen gehalten hätte. Frankreich müsse heute für den Ruhrwahnsinn und alle die Sünden Poincarés und England müsse heute die Jahre des knechtischen Sichfügens in diese Sünden bezahlen. Es sei klar, daß der Gedanke einer „Probezeit" vollkommen erledigt sei. Wenn Deutschland die Gleichheit als Teil eines europäischen Abkommens erhalte, werde endlich die Grundlage zu einem Weltfrieden gelegt sein.

Englische Blätter zur Frage der Probezeit

London, 24. 1. (Funkspr.) Die Abrüstungsarbeiten stehen auch heute im Vordergrund des Interesses der englischen Presse. Ueber die Aufgaben, die der gegenwärtige britische Konventionsentwurf dabei zu lösen habe, gehen allerdings die Anschauungen der Blätter auseinander. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" vertritt die Anschauung, daß man es nur nötig habe, im Konventionsentwurf einige Aenderungen anzubringen, um die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Probezeit auszugleichen. Der Außenpolitiker der „Morningpost" will indessen wissen, daß das britische Kabinett einen gänzlich neuen Konventionsentwurf ausarbeiten werde. Dieser neue Entwurf werde dann den Anregungen Deutschlands entsprechen; u. a. werde man Deutschland wahrscheinlich einige Defensivwaffen, darunter Tanks und Erkundungsflugzeuge, zugestehen. Das Problem der Probezeit werde man, so schreibt das Blatt weiter, möglicherweise dadurch umgehen, daß man die Umbildung der Reichswehr mit der allmählichen Abschaffung der Offensivwaffen der anderen Mächte zeitlich koppele.

Krach in der französischen Kammer

Pfeifkonzert und Internationale — Die Sitzung unterbrochen

Neuer Vorstoß wegen des Stavisky-Skandals

Paris, 23. 1. Die Kammer, die in ihrer Vormittagssitzung den Gesetzentwurf zum Schutze des Sparkapitals verabschiedet hat, nahm nachmittags den Haushalt der Strafanstalten in Angriff. Der Abgeordnete Herriot unternahm einen neuen Vorstoß gegen die Regierung wegen des Stavisky-Skandals. Als Herriot die Rednertribüne betrat, bemächtigte sich des Hauses eine gewaltige Erregung. Es ertönten laute Rufe und Zischen. Herriot kündigte an, daß er neue belastende Schriftstücke bekanntgeben werde. Daraufhin wurde ihm von den Bänken der Radikalsozialisten zugerufen: „Wieviel bezahlt man Ihnen?" Das war das Signal für ein Pfeifkonzert auf den Bänken der Rechten. Gleichzeitig stimmten die Kommunisten die Internationale an. Der Lärm wurde schließlich so groß, daß der stellvertretende Kammerpräsident die Sitzung aufhob. Sämtliche Zuschauertribünen wurden geräumt.

Vertrauensvotum der Kammer für das Kabinett Chautemps

Paris, 23. 1. Nach Wiederaufnahme der durch Lärmszenen unterbrochenen Kammersitzung setzte Herriot seine Angriffe gegen die Regierung fort. Im Verlaufe seiner Ausführungen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten Herriot und dem früheren Handelsminister Rollin sowie zu häufigen lärmenden Kundgebungen von rechts und links. Als Ministerpräsident Chautemps die Tribüne bestieg, um auf die Angriffe Herriots zu antworten, mußte er sich ebenfalls ständig Unterbrechungen gefallen lassen. Von rechts wurde immer wieder in den allgemeinen Lärm hineingerufen: „Untersuchungsausschuß, Untersuchungsausschuß!"

Der Minister wies die von Herriot vorgebrachten Beschuldigungen als unzutreffend zurück und verwahrte sich dagegen, daß der Stavisky-Skandal systematisch zu Angriffen gegen die Regierung mißbraucht werde. Chautemps erklärte, man müsse der Gerechtigkeit ihren freien Lauf lassen. Er habe eine Untersuchung in den einzelnen Ministerien zugesagt, die bereits im Gange und teilweise schon abgeschlossen sei. Man dürfe die notwendigen Maßnahmen aber nicht überstürzen.

Schließlich schritt die Kammer zur Abstimmung über die Rückverweisung eines Kapitels des zur Aussprache stehenden Justizhaushaltes, gegen die der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, um sofort das Mehrheitsverhältnis in der Kammer zu klären. Mit 367 gegen 201 Stimmen trat die Kammer für den Antrag der Regierung gegen die Rückverweisung ein und sprach ihr somit das Vertrauen aus.

Neue Kundgebungen in Paris

Berittene Polizei greift ein

Paris, 23. 1. Die Ecke Boulevard St. Germain und Boulevard Raspail war am Dienstag abend wieder der Schauplatz lärmender Kundgebungen, an denen sich viele Tausend Menschen unter Führung der „Action francaise" beteiligten. Die Gegend bietet den gleichen Anblick wie am Montag: umgeworfene Straßenbänke, herausgerissene Baumschutzgitter, Polizeikolonnen, die überall gegen die Demonstranten vorrücken. Nur insofern hat sich das Bild verändert, als diesmal berittene Polizei eingesetzt wurde, die in die Menschenmenge hineinritt, wenn sie sich nicht sofort zurückzog. Von überall her ertönten Rufe, Pfiffe und Gesang. Aus vielen Fenstern wurden Knallbomben gegen die angreifenden Polizisten geworfen. Auch Wasser wurde aus den verschiedenartigsten Gefäßen aus den Fenstern gegossen. An der Kirche St. Germain kam es zu einer größeren Schlägerei zwischen Polizei und Kundgebern. Dort waren Baumschutzgitter auf die Schienen der Straßenbahn geworfen worden, sodaß blaue Stichflammen aufloderten.

Die Kundgebungen haben gegen 21 Uhr nachgelassen. Die Polizei hat wieder das Feld behauptet. Der Polizeipräfekt leitete persönlich die Abwehrmaßnahmen. Der Boulevard St. Germain gleicht stellenweise einem Trümmerfeld. Ueberall liegen herausgerissene Bäume, umgeworfene Bänke usw. Viele Personen sind verletzt worden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Nächtliche Zusammenstöße auf den Pariser Boulevards

Paris, 24. 1. (Funkspr.) Die Zahl der Verhaftungen, die bei den Kundgebungen am Dienstag vorgenommen wurden, beträgt rund 300. Die Straßenunruhen flackerten in der Nacht zum Mittwoch hier und da wieder auf. Auf dem Platz vor der Kirche St. Germain und auf dem Boulevard gleichen Namens mußte die Polizei mehrmals Ansammlungen auseinander treiben. Auf dem nahe gelegenen Boulevard Raspail hatten Demonstranten aus Bankengittern und anderem Material eine Barrikade errichtet und den Verkehr in dieser Straße völlig stillgelegt. Die Polizei konnte die Menge schließlich abdrängen und die Barrikade wieder abtragen. Auf dem Dantonplatz kam es in der Nacht ebenfalls zu Zusammenrottungen. Auch dort wurde eine Barrikade errichtet; ihre Beseitigung führte zu Zusammenstößen mit den Polizeibeamten, bei denen es zahlreiche Verletzte auf beiden Seiten gab. Auf dem Boulevard Montparnasse versuchten Kommunisten, die aus einer Versammlung kamen, nach Mitternacht einen Demonstrationszug zu bilden, der jedoch von der Polizei aufgelöst wurde.

Kurzer Tagesspiegel

Am Dienstag abend versammelten sich sämtliche höheren Führer der HJ, des Jungvolks und des BDM zu einer Führertagung. Reichsjugendführer Baldur v. Schirach hielt eine grundsätzliche Rede, in der er die künftigen Ziele und Wege der HJ darlegte.

Anläßlich des 23. Januar, an dem vor vier Jahren zum ersten Mal in Deutschland ein Nationalsozialist Minister wurde, fand in Anwesenheit des Reichsministers Dr. Frick, der bekanntlich damals in Thüringen das Innen- und Volksbildungsministerium übernahm, eine Erinnerungsfeier statt. — Reichsstatthalter Sauckel dankte hierbei Dr. Frick für seine in Thüringen geleistete Arbeit.

Nach Abschluß der Aussprache über den Stavisky-Skandal sprach die Kammer dem Kabinett Chautemps mit 367 gegen 201 Stimmen das Vertrauen aus. — In den Straßen der französischen Hauptstadt fanden erneut lärmende Kundgebungen statt, die von berittener Polizei zerstreut wurden.

Die Prüfung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift ist von den zuständigen Stellen beendet worden. Das Ergebnis dieser Prüfung faßt das „Journal" dahin zusammen, daß die deutsche Antwort „nichts anderes darstelle als einen Rechtfertigungsversuch der deutschen Stellungnahme."

Der Abrüstungsausschuß des englischen Kabinetts beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit den deutschen Antworten auf die englischen Fragen und die französische Denkschrift. Am Mittwoch findet eine Kabinettssitzung statt.

Der Bankenausschuß des amerikanischen Senats hat den Gesetzentwurf über die Währungsreform dahin abgeändert, daß die Dauer des Bestehens des Stabilisierungsboards und die Vollmacht Roosevelts auf Herabsetzung des Dollarwertes auf 2 Jahre herabgesetzt wird. Ferner hat sich der Ausschuß vorbehalten, den Zeitraum von 2 Jahren zu verringern oder um ein Jahr zu verlängern.

Die britische Flottenkonferenz im Hafen von Singapore wurde am Dienstag an Bord des Kreuzers „Kent" eröffnet. Die Anwesenheit australischer und neuseeländischer Vertreter läßt vermuten, daß auch die kommende Entwicklung im Stillen Ozean zur Erörterung gelangen wird.

Präsident Roosevelt hat den amerikanischen Geschäftsträger in Havanna angewiesen, der kubanischen Regierung mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten zur Anerkennung der Regierung des neuen Präsidenten bereit sind.

Auf Weisung der Bundespolizei ist der großdeutsche Stellvertretende Bürgermeister von Innsbruck, Dr. Pembauer, verhaftet worden.

Im Jahre 1933 sind in den deutschen Großstädten rund 209 000 Ehen geschlossen worden, das sind rund 40 000 mehr als im Jahre 1932.

Weimar ehrt Reichsminister Dr. Frick

Weimar, 23. 1. Am 23. Januar jährte sich zum vierten Male der Tag, an dem zum ersten Mal in Deutschland ein Nationalsozialist Minister wurde. Dr. Frick, der jetzige Reichsinnenminister, wurde in Thüringen zum Innen- und Volksbildungsminister gewählt. Dem Gedenken dieses Tages galt eine Erinnerungsfeier, die in Anwesenheit von Reichsminister Dr. Frick von der Thüringer Regierung im Landtagssitzungssaal zu Weimar veranstaltet wurde. Nach einer Begrüßungsrede des Staatsministers Wächtler unterstrich Reichsminister Dr. Frick die Bedeutung des 23. Januar 1930 für den nationalsozialistischen Endsieg in Deutschland. Es sei ein Experiment gewesen, als die Nationalsozialisten damals in die Regierung eines kleinen deutschen Landes gingen. Dank der genialen Führung Adolf Hitlers, der trotz aller schweren Bedenken diesen Schritt wagte, habe sich die nationalsozialistische Bewegung auf legalem Wege bis zum endgültigen Erfolge durchgesetzt. Heute seien Partei und Staat eins. Die Partei sei der alleinige Träger des Staates und die einzige Quelle, aus der die Parteigenossen in den Regierungsstellen ihre Kraft zur Erfüllung der ihnen vom Führer aufgegebenen Pflichten schöpften. Niemals dürfe daher ein Minister die Verbindung mit der Partei verlieren. Reichsminister Dr. Frick richtete zum Schluß seiner Rede eine Warnung an alle diejenigen, die den Zeitpunkt für gekommen halten, eine Frage Monarchie oder Republik aufzurollen. Adolf Hitler und seine Mitarbeiter, so betonte der Reichsminister nachdrücklich, werden den Platz, auf den die Vorsehung sie gestellt hat, bis zum letzten Atemzuge verteidigen und niemand solle glauben, daß man sie durch irgendwelche Machenschaften dazu bewegen könne, ihre Politik aufzugeben. Reichsstatthalter Sauckel dankte Dr. Frick für seine in Thüringen geleistete Arbeit. Am Abend fand zu Ehren des Reichsministers Dr. Frick im Deutschen Nationaltheater eine Festvorstellung von Richard Wagners „Rheingold" statt, die sich zu einer erhebenden Kundgebung für den Reichsminister gestaltete.

SLUB
Wir führen Wissen.